

B e s c h l u s s v o r l a g e

Betreff: **Beauftragung des Bürgermeisters zur weiteren Entwicklung von Eigenheimstandorten in der Stadt Schmölln**

Einreicher: **Fraktion Neues Forum, Fraktion CDU, Bürger für Schmölln, Fraktion Die LINKE, SPD-Fraktion, Wählervereinigung für das neue Schmölln, Herr Plaul**

Beratungsfolge	13. Stadtratssitzung	am 16.07.2020	Abstimmung	
			Ja-Stimmen	
			Nein-Stimmen	
			Stimmenthaltung	
Beratungsstatus	öffentlich / beschließend			

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Schmölln beschließt:

Der Bürgermeister wird beauftragt

1. Dem Stadtrat ist ein Plan der Stadt an die Hand zu geben, aus dem ersichtlich ist, an welchen Orten es in der Innenstadt der Kernstadt Wohnungsbau-Potentiale gibt, die für den Bau von Eigenheimen zur Verfügung stehen. Gesondert soll ausgewiesen werden, wo bereits Baurecht besteht.
2. Dem Stadtrat ist eine Übersicht darüber zu erstellen, wie oft in der Verwaltung Anfragen zum Kauf von Grundstücken zur Bebauung mit Eigenheimen gestellt werden. Für die vergangenen 2 Jahre können diese Zahlen geschätzt werden, ab sofort sollen sie genau erfasst werden.
3. Dem Stadtrat ist zu begründen, was dem Vorschlag der Stellungnahme des Landesverwaltungsamts entgegensteht, die Wohngebiete W2 in Schloßig und W2 in Selka aus der Planung zurückzunehmen.
4. Zu einer Beratung des Technischen Ausschusses ist die entsprechende Mitarbeiterin aus dem Landesverwaltungsamt zu einem Vor-Ort-Termin nach Schmölln einzuladen. Der Termin muss nicht mit einer regulären Sitzung des Technischen Ausschusses übereinstimmen. Der Einladung ist ein Hinweis auf das Schreiben der Fraktionsvorsitzenden beizufügen und in dieser ist darauf hinzuweisen.

Sachdarstellung:

In den Antworten auf mehrere Anfragen von Stadtratsmitgliedern wurde immer wieder deutlich, dass die Stadt Schmölln Anfragen zum Kauf von Eigenheim-Grundstücken negativ beantworten muss. Der Bedarf danach kann nicht gedeckt werden. Das führt dazu, dass potentielle Zuzüge in unsere Stadt zu oft nicht stattfinden.

Mit der geplanten Änderung des Flächennutzungsplans sollte ein Ausweg aus dieser Situation geschaffen werden. In einer Stellungnahme des Landesverwaltungsamts wurden allerdings Bedenken zu einer möglichen Zustimmung geäußert. Als Argumente gelten darin a) derzeitig ausgewiesene Wohnbauflächen, b) stadtplanerische Grundsätze und c) ein nicht in diesem Maße vorhandener Bedarf.

Uns muss es gelingen, die Bedenken des Landesverwaltungsamtes in gemeinsamer Arbeit auszuräumen. Um dafür die Grundlagen zu legen, soll der o.g. Beschluss gefasst werden.

**für die Fraktion Neues Forum
Jens Göbel**

**für die CDU-Fraktion
Julian Degner**

**für die Bürger für Schmölln
Jürgen Keller**

**für die Fraktion DIE LINKE
Klaus Hübschmann**

**für die SPD-Fraktion
Alexander Burkhardt**

**für die Wählervereinigung für das neue Schmölln
Andy Franke**

Steffen Plaul